

sozialismus von unten

**AUSGABE JULI 2025 | 1€ Spende | S.2 Rassismus tötet - S.3 Zeitenwende unter Merz
- S.4 L. A.: Der Staat ist verantwortlich für die Gewalt - S.5 Chinas Arbeiter:innen
wehren sich - S.6 & 7 Berichte - S.8 Nazis konfrontieren**



Foto: Mehr als 40.000 Menschen demonstrieren am 21. Juni in Berlin gegen den Völkermord und die deutsche Unterstützung.

DEMO AM 19. JULI

AUFSTEHEN GEGEN DEN VÖLKERMORD IN GAZA! SCHLUSS MIT DEN WAFFENLIEFERUNGEN!

Laut UNO sind 100 Prozent der Bevölkerung in Gaza vom Hungertod bedroht. Die Kinderhilfsorganisation der Vereinten Nationen UNICEF gibt an, dass bereits mehr als 71.000 Kinder und 17.000 Mütter im Gazastreifen wegen akuter Unterernährung in Behandlung gewesen sind. Amnesty International spricht von einem »Völkermord in Liveübertragung«.

Premierminister Benjamin Netanjahu erklärte den israelischen Parlamentsabgeordneten im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung den Sinn der aktuellen Offensive im Gazastreifen: »Wir zerstören mehr und mehr Häuser. Sie haben nichts, zu dem sie zurückkehren können. Die unvermeidliche Folge wird die Emigration der Bewohner:innen aus Gaza sein.«

Ideologie des Zionismus

Zerstörung von Häusern und gezielter Einsatz militärischen Terrors sind traditionelle Mittel der zionistischen Bewegung. Die zentrale Ideologie des Zionismus, »Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land«, erforderte die Vertreibung der Palästinenser:innen mit allen verfügbaren Mitteln.

Die aktuelle rechtsradikale israelische Regierung geht in der Wahl der Mittel jetzt einen Schritt weiter. Sie setzt

Hunger als Waffe ein und ist offensichtlich bereit, Hunderttausende aus ideologischen Gründen zu ermorden.

Weder die Bundesregierung noch die US-Regierung oder andere westliche Staaten haben ein Interesse an einem Völkermord an den Palästinenser:innen. Und trotzdem liefern sie weiter Waffen und decken das israelische Vorgehen in internationalen Institutionen wie den Vereinten Nationen.

Bundeskanzler Friedrich Merz brachte den Grund auf den Punkt: Israel mache »für uns alle die Drecksarbeit.« Anlass waren die israelischen Bombardierungen des Irans.

Israel sorgt seit Jahrzehnten dafür, dass keine Bewegung in der Region die Interessen westlicher Imperialisten bedrohen kann – und sichert damit westlichen Konzernen und Staaten den Zugriff auf die größten Ölreserven der Welt.

Nur Bewegungen von unten können den Völkermord stoppen – in Europa, in den USA und in der arabischen Welt. <

**KEIN KRIEG
GEGEN
DEN IRAN**



Foto: Ausgegrenzt und Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt: Migrant:innen an der EU-Außengrenze (Sandor Csudai, flickr.com, cc by-sa 2.0).

NAZIS BEKÄMPFEN, NICHT FLÜCHTENDE MENSCHEN!

Die Bundesregierung argumentiert, sie müsse die »ungeregelte Einwanderung« bekämpfen, um der AfD den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das genaue Gegenteil passiert: Rassismus stärkt die Nazis.

Am 8. Mai führte die neue Bundesregierung unter Friedrich Merz Grenzkontrollen ein. Kontrolliert und abgewiesen werden Menschen, die Schutz vor Krieg, Verfolgung oder Armut suchen. Merz hatte im Wahlkampf eine »Kehrtwende in der Asylpolitik« und ein »faktisches Einreiseverbot« angekündigt. Am 28. Mai verschärfte das Kabinett die Regelungen weiter: Es hat die schnellere Einbürgerung beendet und den Familiennachzug gestoppt.

In den letzten Jahren ist das Asylrecht europaweit ausgehöhlt und missachtet worden – deutsche Regierungen machten mit. Erst wurde die zivile Seenotrettung kriminalisiert, inzwischen werden tote Menschen im Mittelmeer und in osteuropäischen Wäldern als normal hingenommen.

Offenkundige Rechtsbrüche an den europäischen Grenzen wurden 2024 mit der GEAS Reform legalisiert. GEAS ist laut PRO ASYL »ein historischer Tiefpunkt der EU«.

Rassismus tötet

Die Gefahr für Geflüchtete und Migrant:innen ist sehr real. Sie werden auf lebensgefährliche Fluchtwege gezwungen und von Nazis angegriffen. 2024 sind fast 9.000 Menschen auf der Flucht gestorben, etwa ein Drittel davon im Mittelmeer.

Die gewalttätigen Übergriffe auf Migrant:innen und besonders Muslime in Deutschland nehmen zu. Die »Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit« CLAIM spricht von einem »alarmierenden Höchststand«. 2024 stiegen anti-muslimische Übergriffe und Diskriminierungen um 60 Prozent auf 3.080 Fälle – acht pro Tag.

Es werden nicht nur mehr Taten begangen, sie werden auch brutaler. CLAIM dokumentierte für das letzte Jahr 198 Körperverletzungen und zwei Tötungsdelikte. Die Übernahme der Abschottungspläne von rechten Par-

teien durch die EU hat den Vormarsch von Nazis in ganz Europa nicht verhindert. Im Gegenteil: Sie hat die menschenfeindliche Politik der Nazis normalisiert und das politisch Sag- und Machbare nach rechts verschoben. Auch die AfD konnte davon profitieren und eilt von einem Wahlerfolg zum nächsten.

Nazis und bürgerliche Parteien schüren Rassismus aus unterschiedlichen Gründen. Die AfD glaubt wirklich, dass Migrant:innen und Geflüchtete für den angeblichen Untergang Deutschlands verantwortlich sind. Parteien wie die CDU wollen dagegen mit Rassismus von ökonomischen Krisen ablenken, die im Kapitalismus immer auftreten werden. Damit schaffen sie genau die Stimmung, in der Nazis aufbauen können.

Nicht nur unmittelbar von Rassismus Betroffene werden unter dem politischen Rechtsruck leiden. Alle, die mit den »Remigrationsplänen« der AfD nicht einverstanden sind, stehen auf ihrer Abschlusliste.

Der Faschist Björn Höcke droht: »[Wir werden] leider ein paar Volksteile verlieren [...], die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen«. Höcke plant eine Politik der »wohltemperierten Grausamkeit« – ein beschönigender Ausdruck für rechten Terror und Massenmord.

Es ist wichtig, dass wir uns dem Faschismus in breiten und entschlossenen Bündnissen entgegenstellen. Egal, ob bei lokalen Aufmärschen von Straßennazis oder öffentlichen Veranstaltungen der AfD. Nur so können wir ihren Aufbau stoppen. Die nächste Aufgabe ist der Protest gegen die Neugründung der Jungen Alternative im Herbst. <

■ Gerrit Peters, Berlin

L. A.: DER STAAT IST VERANTWORTLICH FÜR DIE GEWALT

Anfang Juni protestierten Menschen in Los Angeles zu Tausenden gegen die rassistischen Razzien der Abschiebebehörde ICE. John Parker, Mitglied der Leitung des kommunalen Selbstverteidigungsbündnisses, berichtete in der britischen Zeitung *Socialist Worker*: »ICE ist immer wieder in die Viertel eingedrungen und hat versucht, Leute zu fangen, in der Regel ohne Haftbefehl.«

John konterte den Versuch Trumps und der Medien, die Demonstrierenden für Gewalt verantwortlich zu machen, mit den Worten: »Die Armee und die Polizei, die in die Viertel geschickt wurden, sind allein verantwortlich für die Gewalt! Die Kundgebungen und Demonstrationen waren friedlich. Videos zeigen Menschen, die Steine auf die Polizei werfen und Sachen anzünden, aber man sieht nicht, was davor geschehen ist.«

John sagt: »Schulen und Geschäfte lassen die ICE und die Polizei nicht rein. Wir können sie nicht daran hindern, sich in der Öffentlichkeit aufzuhalten, aber die Community kann sie ausschließen.«

Der Aufstand in Los Angeles ging weit über Linke, Migrantenrechtsgruppen und schon zuvor politisch aktiven Menschen hinaus. John sagte, dass in Los Angeles »viel mehr Leute von der Bewegung erfasst wurden als während Black Lives Matter. Jetzt kann man Leute der Mittelschicht zusammen mit Arbeiter:innen, mit Schwarzen und Latinos sehen. Sie gehen Arm in Arm.«

■ *Frankie Murden, Los Angeles*



Foto: »No Kings«-Proteste gegen Abschiebe-Entführungen in Los Angeles (Larissa Puro, cc by-nc 2.0).



GRIECHENLAND: VERANTWORTLICHE FÜR SCHIFFS-UNGLÜCK VOR GERICHT

Vor zwei Jahren starben Hunderte von Geflüchteten beim Untergang ihres Schiffs vor dem griechischen Hafen Pylos. Die Verantwortlichen von der griechischen Küstenwache stehen jetzt vor dem Seegericht Piräus. Die damalige Regierung der Nea Dimokratia versuchte, den Vorfall zu vertuschen.

Das Schiff »Adriana« mit über 750 Menschen setzte am 13. Juni 2023 in internationalen Gewässern einen Notruf ab. Die Küstenwache rief nach großer Verspätung nur ein Patrouillenboot. Nach Zeugenaussagen schleppte die Patrouille die »Adriana« in Richtung Italien, wobei sie kenterte und sank. Die folgende Rettungsaktion begann ebenfalls mit Verspätung. Nur 104 Menschen konnten gerettet werden.

Der griechische Staat hielt die Überlebenden wegen »illegaler Einreise« in Auffanglagern fest. Man nahm ihnen ihre Mobiltelefone und kontrollierte ihre Kommunikation. Neun Überlebende wurden des Schmuggels, der Verursachung des Schiffbruchs und der Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt und für ein Jahr ins Gefängnis gesteckt. Jedem droht eine mehrjährige Haftstrafe.

Es folgte eine große Bewegung. Die Überlebenden und ihre Familien deckten mit ihren Aussagen die Lügen der Regierung auf. Sie organisierten, dass Verbände und Tausende von Leuten vor den Gerichten protestierten. So erreichten sie den Freispruch und die Freilassung der neun Angeklagten.

Gleichzeitig führten sie einen Kampf gegen die Küstenwache und die Vertuschung. Die Organisation KEERFA, die auch bei der Verurteilung der faschistischen »Goldenen Morgenröte« eine zentrale Rolle gespielt hatte, organisierte vom ersten Tag an Kundgebungen und Veranstaltungen an Arbeitsplätzen, Schulen, Universitäten und in Stadtvierteln. Sie arbeitete mit den Familien der Opfer und der Bewegung gegen die Vertuschung des Zugunglücks in Tempi zusammen.

Der Prozess gegen die 17 Verantwortlichen der Küstenwache geht weiter. Die Bewegung fordert, auch die operativen und politischen Führungskräfte vor Gericht zu stellen.

■ *Tina Soupo, Frankfurt am Main*



Foto: G.Tech Technology Factory in Zhuhai, China (Chris, WikiCommons, cc by-sa 2.0).

CHINAS ARBEITER:INNEN WEHREN SICH

In China haben sich die Arbeitskämpfe wegen unbezahlter Löhne und Stellenabbau verschärft.

Die Zölle, die Donald Trump im Februar eingeführt hat, haben Teile der chinesischen Fertigungsindustrie schwer getroffen. Daraufhin wurden Fabriken geschlossen und Löhne einbehalten. So sollte verhindert werden, dass die Beschäftigten kündigen.

Doch in ganz China begannen die Arbeiter:innen, Proteste und Streiks zu organisieren. Sie reichten von Dao in der Provinz Hunan in Zentralchina über Suining in der Provinz Sichuan bis zu Tongliao in der Inneren Mongolei im Nordosten. Ein Video zeigt Arbeiter:innen, die vor der Fabrik von Shangda Electronics in Suining zum Arbeitskampf aufrufen. Ihre Chefs hatten ihnen seit Monaten keinen Lohn mehr gezahlt.

Das Einbehalten von Löhnen sei in China üblich, so Adrian Budd, Autor von China Rise, Repression & Resistance (Bookmarks). »Es ist eine Strategie, um die Arbeitnehmer:innen zu halten. Niemand wird kündigen, wenn eine beträchtliche Summe Lohn aussteht.«

Shenzhen Levin Star Toys in der Provinz Guangdong verkaufte Spielzeug, hauptsächlich in die Vereinigten Staaten. Rund 400 Beschäftigte protestierten zwei Tage lang und forderten ausstehende Löhne und Abfindungen, nachdem das Unternehmen Konkurs angemeldet hatte.

Ein anderes Unternehmen in Guangdong stellte ebenfalls seinen Betrieb ein, ohne die Beschäftigten zu bezahlen. Hunderte protestierten wütend vor den Toren der Fabrik.

Adrian Budd erklärt, die US-Zölle seien Teil einer umfassenderen Konfrontation mit China. »Es geht darum, China die Märkte zu entziehen und eine alternative Versorgung mit seltenen Mineralien zu finden, etwa in Grönland und der Ukraine.«

Die Streiks zeigen, wie sehr der Handelskrieg Millionen von Arbeitnehmer:innen schadet. Über 16 Millionen Arbeitsplätze in China könnten aufgrund der US-Zölle auf chinesische Importe verloren gehen.

Diese Branchen sind oft durch niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten, schlechte Arbeitsbedingungen und ein Minimum an Arbeitnehmerrechten gekennzeichnet.

Internationale Marken wollen im Kampf um niedrigere Kosten ihre Produktion verlagern. Größere Hersteller können die Hauptlast der Zölle tragen und ihre Lieferketten anpassen. Aber »für Tausende kleinerer Fabriken haben sich die neuen Zölle als existenzbedrohend erwiesen«, argumentiert das unabhängige Nachrichtenblatt Chinese Labour Bulletin (CLB).

Ein Arbeiter erzählte dem CLB: »Dieses Jahr ist es zu hart - eine Fabrik mit 200 Beschäftigten wurde über Nacht geschlossen.« Die gesamte Ausrüstung wurde verkauft. Ein anderer berichtete, dass die Fabrik, in der er arbeitete, über 20 Jahre lang lief. Jetzt steht die Produktion komplett still. »Wir sitzen hier nur herum und warten darauf, Geld zu verlieren.«

Die Werksschließungen könnten einen breiteren wirtschaftlichen Trend in China beschleunigen, da das Land zunehmend auf die Produktion hochwertigerer Güter umstellt.

»Die Bekleidungsindustrie des unteren Marktsegments könnte zusammenbrechen, aber das ist für China weder strategisch interessant noch für die Zukunft relevant«, so Adrian. »China ist zunehmend in der Lage, billige Waren in Vietnam oder Thailand herstellen zu lassen, weil es selbst an der Produktion hochwertiger Waren interessiert ist.«

Die Streiks sind ein Hinweis auf die potenzielle Macht der chinesischen Arbeiterklasse, sich den Bossen und dem staatskapitalistischen Regime zu widersetzen. <

■ Thomas Foster, London



Foto: »China Labour Bulletin«-Streikkarte von 134 Streiks im April 2025.

WAS WILL SOZIALISMUS VON UNTEN?

Sozialismus von unten ist eine revolutionäre Organisation mit Ortsgruppen und Mitgliedern in vielen Orten Deutschlands. Wir vertreten eine sozialistische Perspektive von unten: Die Befreiung der arbeitenden Klasse kann nur ihr eigenes Werk sein. Eine wirklich demokratisch-sozialistische Gesellschaft muss von unten erkämpft werden und kann nicht von oben durchgesetzt werden. Statt einer Welt der Umweltzerstörung, Armut und Kriege wollen wir eine befreite Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum stehen.

Wir arbeiten in Bewegungen, Betrieben und Gewerkschaften gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Unterdrückung und gegen Faschismus. Wir sind überzeugt, dass wir uns organisieren müssen, um unser Ziel von einer sozialistischen Gesellschaft zu erreichen.

Ideen alleine können das System des Kapitalismus nicht stürzen. Aber die Erfahrungen der Geschichte und die Theorien des Marxismus bieten einen unerlässlichen Kompass, um den Kapitalismus zu bekämpfen.

Die Verantwortung einer revolutionären Partei ist es, als Gedächtnis der Klasse zu fungieren, aus der Analyse von Siegen und Niederlagen zu lernen und revolutionäre Theorie und Praxis miteinander zu verbinden. Eine solche Partei aufzubauen ist unser langfristiges Ziel. Eine solche Partei hat die Aufgabe, in Zeiten von Krisen und Angriffen auf die Arbeitenden der berechtigten Wut der Menschen nicht nur eine Perspektive zu geben, wie es anders sein könnte, sondern auch was dazu notwendig ist.

Als revolutionäre Sozialist:innen beteiligen wir uns am Kampf um Reformen, nicht nur um unmittelbar Verbesserungen zu erreichen, sondern auch, weil dieser Kampf das Klassenbewusstsein und die Organisation stärken kann, indem Kämpfe mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft verbunden werden. <

Kontakt

Sozialismus von unten
Postfach 31 09 43
10639 Berlin



Veranstaltungen

E-Mail: redaktion@sozvu.org

Instagram: [@sozialismus_von_unten](https://www.instagram.com/sozialismus_von_unten)

TikTok: [@inisvu](https://www.tiktok.com/@inisvu)

BlueSky: [@sozvu.org](https://bsky.app/profile/sozvu.org)

Telegram: t.me/sozvuorg

www.sozvu.org

www.sozialismus-von-unten.org

Redaktionsschluss: 21.06.2025 12:00

V.i.S.d.P.: E. Mourgues, Katharinenstr. 21, 10711 Berlin

BERICHT: AKTION GEGEN »GEMEINSAM FÜR DEUTSCHLAND«

Am 26. April und 31. Mai wurde bundesweit gegen das Nazi-geführte Bündnis »Gemeinsam für Deutschland« protestiert und dessen Aufmärsche in mehreren Städten blockiert.

In Frankfurt am Main wurde der rechte Aufmarsch an beiden Tagen gestoppt. Das Antifaschistische Aktionsbündnis meldete Kundgebungen und Demonstrationen an. Bürgerliche Organisationen, als auch palästinasolidarische Gruppen und Klimaaktivist:innen riefen zu der Demo auf. Das breit aufgestellte Aktionsbündnis hat im Vorfeld mehr als 4.000 Flugblätter verteilt, um zum Protest zu mobilisieren.

Mehr als 400 Antifaschist:innen sind dem Aufruf am 26. April gefolgt. Etwa 250 Leute, viele davon aus der Gegenkundgebung, stellten sich den knapp 100 Teilnehmenden von »Gemeinsam für Deutschland« (GfD) in den Weg. Ein Abbruch des Nazi-Aufmarsches wurde dadurch sowohl am 26. April, als auch am 31. Mai erzielt. An diesem Tag folgten mehr 500 Menschen dem Aufruf zum Protest. Auf der Kundgebung hob ein Redner von Svu den Schulterschluss von GfD und AfD, die in Person vertreten war, hervor. Er kritisierte den in weiten Teilen der Gesellschaft akzeptierten antimuslimischen Rassismus, der von der AfD zugespitzt und von bürgerlichen Parteien legitimiert werde. Dennoch »dürfen SPD und Grüne nicht von Protesten gegen die AfD und die extreme Rechte ausgeschlossen werden - alle, die bereit sind, sich den Faschisten in den Weg zu stellen, müssen das gemeinsam tun.«

Am 31. Mai wurde der Nazi-Aufmarsch erneut gestoppt. Eine initialisierte Blockade wurde wenig später von der zeitgleichen Gegen-Demonstration unterstützt. Durch die Größe des Gegenprotestes sah sich die Polizei gezwungen, von einer Räumung abzusehen.

Bereits nach dem ersten gescheiterten Aufmarsch geriet die Führung des Bündnisses in Hessen in die Kritik. Einige Teilnehmer:innen verweigerten weitere Teilnahmen. Die internen Streitigkeiten des GfD-Bündnisses zeigten sich erneut beim Aufmarsch am 31. Mai, als sich GfD-Ordner offen über die Durchführung der Demo stritten. Nach dem zweiten Scheitern zogen verschiedene Nazi-Gruppen sich aus den Vorbereitungen für weitere Aufmärsche zurück.

In Zukunft wird es wichtig sein, die Proteste weiter in die Breite zu tragen. Nur so können wir die Nazis isolieren und wirklich stoppen. <

■ *Simo Dorn, Frankfurt am Main*



Foto: Demonstration gegen den »Gemeinsam für Deutschland«-Naziaufmarsch in Frankfurt am Main am 26. April (Svu Frankfurt).



Foto: Demonstration gegen die geplante Rheinmetall-Fabrik in Berlin-Wedding, an der sich gewerkschaftliche Organisierte beteiligten (Svu Berlin).

BERICHT: GEGEN WAFFENPRODUKTION IM WEDDING

Der Rüstungskonzern Rheinmetall will zukünftig am Standort des Autozulieferers Pierburg in Berlin Mitte Waffenteile produzieren. Dagegen haben am 10. Mai 1.500 Personen demonstriert.

Die Demonstration wurde von der lokalen Gruppe der Partei DIE LINKE initiiert und von über 20 linken Gruppen unterstützt. DIE LINKE wies darauf hin, dass Rheinmetall in zahlreiche Länder Waffen exportiert, »die Menschenrechtsverletzungen begangen haben oder in Kriege verwickelt sind, wie die Ukraine, Saudi-Arabien, Russland und die Türkei.« Sie kritisiert: »Auch das israelische Militär setzt Panzerkanonen und Munition von Rheinmetall im Gaza-Genozid ein.«

Laut gegen Waffenproduktion

Verschiedene palästinensische Gruppen beteiligten sich an der Demonstration. Dorna, die Rednerin des Gaza-Komitees, erzählte Sozialismus von unten: »Es ist wichtig, dass wir heute hierher kommen, um Gesicht zu zei-

gen gegen Aufrüstung, Krieg und Genozid – vor allem gegen die Profiteure des Genozids in Gaza.«

Einige Personen haben sich spontan der Demonstration angeschlossen. Lara, eine Frau in den 50ern, die im Schichtdienst arbeitet, ist überzeugt: »Wir Arbeitnehmer:innen haben von der Aufrüstung nichts zu erwarten. Wir zahlen die Aufrüstung mit unseren Steuern und mit dem Leben unserer Kinder.«

Internationale Solidarität

Sebastian argumentiert: »Weltweit nehmen die Kriege zu. Die Reichen und Mächtigen dieser Erde sind bereit, für ihre Interessen die Welt in Schutt und Asche zu legen. Die Menschen, die unter Aufrüstung und Krieg leiden, die dafür bezahlen, müssen sich über die Grenzen hinweg zusammenschließen, um die Kriege zu beenden.«

■ Christine Buchholz, Berlin

BERICHT: »WIR KÖNNEN STREIKEN!«

Das sagte David Lüdtke, Vertrauenskörperleiter bei Ford Niehl/Merkenich über den ersten Streiktag am 14. Mai für einen Sozialtarifvertrag.

Ford droht mit der Entlassung von 3.000 Kolleginnen und Kollegen bis 2027, trotz eines vereinbarten Kündigungsschutzes bis 2032.

In Köln arbeiten 12.000 Arbeiter:innen bei Ford. Sie legten mit ihrem Streik die Produktion lahm. Auch die Produktionsroboter bewegten sich nicht mehr. 93,5 Prozent der IG Metall-Mitglieder hatten für den Arbeitskampf gestimmt, die Wahlbeteiligung betrug 95,7 Prozent.

Wie geht es weiter?

Die Kündigungen sind nicht vom Tisch. Schlimmer noch: Die US-Unternehmenszentrale hatte im März 2025 die sogenannte Patronatserklärung, eine Art Schutzschirm,

gekündigt, sodass eine Insolvenz von Ford in Köln denkbar wird. Die Belegschaft ist verunsichert, trotz einer Finanzspritze von 4,4 Milliarden Euro aus den USA.

Ausweitung der Streiks

Zwar bewegt sich wegen des Streiks die Geschäftsführung, doch letztlich braucht es die Zustimmung der Konzernzentrale in Dearborn, Michigan, USA. Frank Koch, IG Metall-Vertrauenskörperleiter bei Ford, droht zurecht mit einer Ausweitung der Streiks.

Wichtig bleibt: Nur ein Kampf mit Solidarität aus der Branche und der Region wird Erfolg haben. Die Kolleginnen und Kollegen sollten sich auf weitere Streiks und Kämpfe einstellen – und wir auf weitere Unterstützung. <

■ Francis Byrne, Köln



Foto: Ein Demonstrationzug blockiert die Aufmarschroute der extremen Rechten in Dresden 2011 (Tonal Decay, cc by-nc-sa 2.0).

NAZIS MÜSSEN AUF DER STRAßE GESTOPPT WERDEN

Proteste gegen Nazis sind wichtig. Dabei kommt es darauf an, ihre Aufmärsche wirklich zu verhindern.

Wenn Nazis marschieren, wollen sie den öffentlichen Raum besetzen. Sie wollen Stärke demonstrieren und ein Klima der Angst schaffen. Ihre Aufmärsche sind keine harmlose Meinungsäußerung, sondern ein Werkzeug des Terrors.

Schon Hitler hatte erkannt, dass sie dem Einzelnen die Überzeugung einbrennen, »als kleiner Wurm dennoch Glied eines großen Drachens zu sein.«

Genau diesen Effekt machen sich auch die heutigen Nazis zunutze: Aufmärsche sollen denjenigen Orientierung und ein Gefühl von Bedeutung und Zugehörigkeit bieten, die sich im kapitalistischen Alltag frustriert, isoliert und hoffnungslos fühlen. Das ist der Grund, warum ein Bündnis von Nazi-Organisationen unter Beteiligung von AfD-Kadern seit Jahresbeginn monatlich zu Aufmärschen unter dem Slogan »Gemeinsam für Deutschland« in verschiedenen Städten aufruft.

Nazis frustrieren

Diese Anziehungskraft müssen wir Antifaschist:innen gezielt zerstören.

Denn wenn Nazis nicht marschieren können, verlieren ihre Aufmärsche ihre anziehende Wirkung. Blockierte oder gar verhinderte Aufmärsche erzeugen Frustration und interne Konflikte. Sie lähmen ihre Strukturen, ihre Mobilisierungskraft und Selbstsicherheit – und nehmen ihnen jene Bühne, auf der sie sich als »nationaler Widerstand« inszenieren.

Im Winter 2023/24, und wieder im Wahlkampf 2025, gingen Hunderttausende im ganzen Land gegen den Rechtsruck auf die Straße. Die Wucht der Proteste und ihre gesellschaftliche Breite machten deutlich: Viele wollen nicht länger schweigen.

Doch dort, wo Nazi-Aufmärsche stattfinden, wie in schwäbischen Kleinstädten, sächsischen Dörfern oder am Rand

urbaner Zentren, wird das Potenzial der Massenbewegung nicht genutzt. Stattdessen sind die Aktivist:innen, die schon immer gegen Nazis demonstrieren, wieder unter sich. Genau das müssen wir ändern.

Von Erfolgen lernen

München zeigte 1997, wie das geht, ebenso Dresden 2011: Tausende blockierten entschlossen Nazi-Aufmärsche – mit gut vorbereiteter kollektiver Entschlossenheit. Bündnisse wurden breit aufgestellt – mit kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen, und mit Parteien.

Insbesondere, wenn die Polizei entschlossen ist, die »Demonstrationsfreiheit« der Nazis durchzusetzen, brauchen wir die Breite und Größe der Proteste, die nur über solche Bündnisse zu erreichen sind – um den politischen Druck zu entfalten, der die Polizei daran hindert, gegen den antifaschistischen Protest vorzugehen.

Damit sich aber in einem so breiten Bündnis die Überzeugung durchsetzt, dass man die Nazis tatsächlich stoppen muss, der Protest also nicht rein symbolisch sein darf, braucht es lange Diskussionen. In München 1997 gingen dem Protest Wochen der Auseinandersetzungen im Bündnis voraus, in Dresden 2011 sogar ein ganzes Jahr.

Nazi-Aufmärsche zu stoppen behindert den Aufbau der Nazi-Organisationen. Die Nazis beseitigen können wir nur, wenn wir die Ursachen für ihren Aufstieg beseitigen: Rassismus, Nationalismus und Ausbeutung. <

■ *Mitchie, Berlin*



Foto: DGB-Gewerkschafter im Demonstrationzug gegen den Naziaufmarsch.